

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt —
am 18.10.2012 im Oberlaubenstall, Lichterfelde in der 1. Etage, Dorfstraße 7, 14913
Niederer Fläming.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Krüger

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Rudolf Haase

Herr Lutz Möbus

Herr Michael Baumecker

Herr Falk Kubitzka

Frau Kornelia Wehlan

Vertretung für Herrn Helmut Dornbusch

Vertretung für Herrn Wilhelm Schröter

Vertretung für Herrn Felix Thier

Sachkundige Einwohner

Frau Silvia Fuchs

Verwaltung

Frau Dr. Silke Neuling

Herr Dr. Manfred Fechner

Herr Berndt Schütze

Frau Katja Woeller

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Dornbusch

Herr Wilhelm Schröter

Herr Dr. Gerhard Kalinka

Herr Fritz Lindner

Herr Felix Thier
Herr Andreas Noack

Sachkundige Einwohner

Frau Gundula Redecke
Herr Peter Wetzel
Herr Manfred Dutschke

Verwaltung

Herr Holger Lademann
Frau Kirsten Gurske

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.08.2012
- 4 Vorstellung des Direktsaatbetriebes in Lichterfelde der Familie Dümichen (Herr Dümichen)
- 5 Erntebericht des Landkreises 2012
- 6 Informationen zur Nutzung und Umsetzung des Kulturlandschaftsprogrammes (KULAP) im Landkreis TF
- 7 Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming an der finanziellen Absicherung der Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe "Rund um die Flaeming-Skate" e. V. zur Entwicklung des ländlichen Raumes in den Jahren 2014 bis 2020 4-1333/12-III/1
- 8 Zwischenbericht zum kontrollierten Brennen im NSG Heidehof-Golmberg
- 9 Mitteilungen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Krüger begrüßt alle Anwesenden, ganz besonders den Bürgermeister der Gemeinde Niederer Fläming Herrn Kaluza. Er ermöglicht es uns, die Ausschusssitzung in den Räumen des wunderschönen restaurierten Oberlaubenstalls abzuhalten.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Herr Krüger: Ganz neu wurde die Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung aufgenommen. Durch diesen neuen Tagesordnungspunkt soll eine Möglichkeit eröffnet werden, die Bürger und Bürgerinnen zu informieren sowie sich an Themen mit aktuellen Fragen zu beteiligen. Anfragen, die aufgrund der Zeitbegrenzung bzw. der Thematik nicht behandelt werden können, werden aufgenommen und entweder schriftlich oder zum nächsten Ausschuss beantwortet. Heute sind keine Einwohner mit anstehenden Fragen anwesend.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.08.2012

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.08.2012 vor und somit ist sie genehmigt.

Herr Krüger bittet den Landwirt Herr Dümichen seinen Betrieb vorzustellen und die Besonderheit der speziellen Bodenbearbeitung darzustellen.

TOP 4

Vorstellung des Direktsaatbetriebes in Lichterfelde der Familie Dümichen (Herr Dümichen)

Herr Dümichen stellt sein Betrieb anhand einer Power Point Präsentation vor. Sein Betrieb liegt hier vor Ort und ist einer von zweiundzwanzig Direktsaatbetrieben in Deutschland. Das Unternehmen bewirtschaftet ca. 340 ha LN. Im Durchschnitt besitzt der Acker 36 Bodenpunkte. Der Boden ist grundwasserfern und besteht aus lehmigem Sand. Der Jahresniederschlag liegt zwischen 400 und 500 mm. Bis 1997 wurde der Boden noch mit dem Pflug bearbeitet. Von 1998 – 2006 Mulchsaat (Boden wurde nicht mehr gepflügt aber noch gegrubbert). 2007 dann die Umstellung zur Direktsaat. Um die Fruchtbarkeit des Bodens wieder herzustellen wurde eine breitgefächerte Fruchtfolge eingesetzt. Angebaut werden Erbsen, Lupinen, Rotschwingel, Buchweizen, Hafer, Phacelia, Winterweizen, Winterroggen, Wintergerste, Triticale, Mais sowie Raps. Jedes Jahr werden mindestens 6 unterschiedliche Früchte angebaut. Weiterhin werden Schweine auf 50 Mastplätzen gehalten, welche komplett im Hofladen vermarktet werden. Durch Auslandsbesuche kam die Erkenntnis, dass das Problem in der Bodenbewirtschaftung liegt. Die Idee der Direktsaat entstand in Brasilien. Durch die Bodenbearbeitung wird Kohlenstoff verbrannt und damit auch der Humus. In Brandenburg liegt der Humusgehalt durchschnittlich bei 1 %, was das Wasserhaltevermögen sehr stark einschränkt. Herr Dümichen sieht das als sehr großes Problem. Durch die Umstellung seines Betriebes zur Direktsaat möchte er dem Problem entgegenreten und sich sowie auch den Anderen zeigen, dass eine solche Bewirtschaftungsform zu gleich hohen Erträgen und verbesserter Bodenstruktur führt. Die Direktsaat ist ein Anbausystem, bei dem das Saatgut direkt in den unbearbeiteten mit Pflanzenresten bedeckten Boden abgelegt wird, das heißt: weder gegrubbert, noch gestriegelt oder gepflügt. Vorteile sind nicht nur die Ersparnisse sondern auch den niedrigen Humusgehalt im Boden zu erhalten bzw. anzuheben, der für den Ertrag so wichtig ist. Herr Dümichen wird von einem Berater betreut (der Einzige in Deutschland, der sich auf Bodenfruchtbarkeit in Richtung Direktsaat spezialisiert hat). 90 % der Teilnehmer sind Biobetriebe. Jährlich wird ein Erfahrungsaustausch durch Auslandsreisen angestrebt. Die Direktsaat mit dem Biobetrieb zu vereinen ist ein Ziel von Herrn Dümichen. Der Betrieb unternimmt verschiedene Versuche mit Bodenhilfsstoffen. Dazu zählen Pflanzen und selbstgezüchtete Mikroorganismen (Milchsaures System gemischt mit Pflanzenschutz-

mitteln, Steinmehl oder Algenpräparaten). Bei den Versuchen wird nach Möglichkeiten gesucht, den Einsatz der Pflanzenschutzmittel zu minimieren. Gespritzt wird nur nachts bei Windstille mit hochgradigen Feinstaubdüsen. Dadurch wird eine rund 10 % ige Mittelersparnis erreicht, was sich wiederum positiv auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes aber auch auf die Natur auswirkt. Bei der Direktsaat wird der Boden mit speziellen Scharen geschlitzt und das Saatgut dort abgelegt. Danach durch Andrücken wieder vorsichtig verschlossen. Bei diesem Vorgang werden höchstens 50 % der Bodenoberfläche bewegt. So wird die Kohlenstoffverbrennung und die Unkrautkeimung reduziert. Die Düngemittel werden mit dem Saatgut zeitgleich in den Boden gebracht. Der Vorteil liegt in der Nähe vom Dünger zur Pflanze, den dadurch verminderten Verbrauch sowie der geringeren finanziellen Ausgabe. Ein gutes Beispiel für die Vorzüge dieser Bewirtschaftung gibt die in diesem Winterjahr zum größten Teil erfrorene Gerste bzw. Raps. Statt den Bestand komplett unterzupflügen und damit auch eine eventuelle Untersaat wie beispielsweise Rotschwengel, wurde die neue Saat direkt eingebracht. Ökonomisch bringt das ein Plus durch den Erhalt der Untersaat sowie den Technikerlass durch den Wegfall des Pflügens. Die Hauptziele des Betriebes gliedern sich in die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, Kosteneinsparung (z. B.: Dieserverbrauch), Erosionsschutz sowie die Steigerung der Wassereffizienz. Daraus ergeben sich lang begrünte Flächen. Weitere positive Beispiele werden anhand von Fotos aufgezeigt. Bestände, welche abgefroren auf dem Acker verbleiben, sorgen für Nahrung für die Bodenmikroorganismen, die für den Humusaufbau wichtig sind. Die bedeckten Flächen sorgen für Schutz vor. Die hohe Bodenbedeckung durch den verbleibenden Pflanzenbestand wirkt nicht nur der Wind- und Wassererosion entgegen sondern hält auch noch den Schnee im Winter fest und schützt so vor Erfrierungen aber auch vor großen Schneeverwehungen, welche dann z.B. Straßen komplett bedecken können. Seine eigenen 11 Schläge sind weder mit Hecken noch mit Sträuchern begrenzt, was Herr Dümichen bedauert. Im Unternehmen gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Aussaat. So kann das Saatgut der Zwischenfrucht zeitgleich mit der Ernte durch einen Mähdescher mit Drillmaschine eingebracht werden. Am Ende seines Vortrages beanstandete Herr Dümichen die politische Entscheidung, Leguminosen aus der Förderung rauszunehmen.

Herr Krüger betont, dass gerade solch ein Unternehmen die Symbiose von Landwirtschaft und Umwelt aufzeigt und regt zu Fragen an.

Frau Fuchs fragt nach Erträgen und deren Vergleich zu herkömmlichen Betrieben. Sind die Erfahrungen bzw. Erkenntnisse dazu wissenschaftlich belegt durch beispielsweise Probenentnahmen und deren Untersuchung? Was passiert mit dem Senf, welcher in zu milden Wintern nicht abfriert?

Herr Krüger fragt nach den Wildschäden.

Herr Dümichen: Der Senf wird dann im Frühjahr weggespritzt, aber mit einem Zehntel der sonstigen Aufwandmenge. Er schickt Bodenproben nach Kinsey, USA sowie nach Wien ins Unterfrauner Labor. Nach diesen Werten wird dann weiter bewirtschaftet bzw. gedüngt. Wissenschaftlich wird das Verfahren nicht begleitet. Die Erträge sind gleich denen, der umliegenden Betriebe. Der Boden braucht 3 – 5 Jahre zur Umstellung. In den ersten 3 Jahren muss mit ca. 30 dt weniger Ertrag gerechnet werden. Wildschaden ist vorhanden, allerdings buddeln die Wildschweine nicht mehr ganz so tief.

Herr Baumecker bekundet den Mut, sich auf solch ein Bewirtschaftungssystem einzulassen. Zum Großteil sieht er die Wichtigkeit der Bodenbedeckung genauso. Aber er kann aus der wissenschaftlichen Seite sagen, dass auf 25iger Böden auf keinen Fall solch ein Erfolg zu verbuchen sei. Versuche haben gezeigt, dass nach 7 Jahren Direktsaat Probleme auftauchen. Von daher sollte das System standortbezogen betrachtet werden. Die Direktsaat kommt ursprünglich aus Südamerika, wo durch 1.000 – 2.000 mm Regen im Jahr die Ackerkrume im Pazifik landete. Er kann sich das System auch bei 80iger Böden mit 600 – 700 mm Niederschlag gut vorstellen. Aber gerade auf den leichten Sandböden ist es ein großes Problem die Direktsaat zu etablieren, da auch im 7. Jahr die Nährstoffnachlieferung noch weit hinter der bearbeitenden Variante liegt. Es gibt noch viele ungelöste Fragen bei dieser Variante, deshalb sollte auch keine Verallgemeinerung stattfinden.

Herr Dümichen: Zu seinen bewirtschafteten Flächen gehören auch Böden mit 12 – 16 Bodenpunkten. Da funktioniert es genauso. Er fragt Herrn Baumecker ob die Untersuchungen sich auf das System oder auf die Direktsaat seit 7 Jahren beziehen.

Herr Baumecker: Der Versuch wird seit 2006 durchgeführt. Es erfolgten vergleichende Untersuchungen zu Bodenbearbeitungssystemen. Bis auf die Aussaat und die Bodenbearbeitung werden alle Maßnahmen auf allen Flächen gleichmäßig gemacht. Im Betrieb Dümichen fokussieren mehrere Faktoren, die den Erfolg bestimmen. Man würde z. B. in den konventionellen Betrieben mit den eingesetzten Biomassen ähnliche Effekte erzielen. Herr Baumecker möchte an dieser Stelle noch betonen, dass der Humusgehalt auf Sandböden nicht beliebig vermehrt werden kann. Wenn keine Feinanteile im Boden vorhanden sind, kann nur eine begrenzte Menge an Humus aufgebaut werden und das hört dann bei ca. 1,5 % auf.

Herr Dr. Haase fragt nach der Effektivität. Bei gleichem Ertrag müsste doch die Effektivität höher sein z. B. bei der Energie.

Herr Dümichen: Es wirkt sich viel effektiver aus. Der Dieserverbrauch beispielsweise liegt derzeit bei 24 l / ha und Jahr. Herkömmlich wird rund 80 – 120 l benötigt. Am Ende kommt mehr raus, weil die Einsparungen größer sind.

Herr Krüger bedankt sich bei Herrn Dümichen und leitet zum nächsten Thema weiter.

TOP 5

Erntebericht des Landkreises 2012

Herr Schütze präsentiert den Erntebericht 2012 in Form einer Power Point. Die erste Folie zeigt die Gegenüberstellung von Deutschland zum Land Brandenburg und Teltow-Fläming der einzelnen Getreidearten. Die Erntekurve vom Landkreis ist ähnlich der von Deutschland. Der Weizen erzielte mit Abstand einen Ertrag über den Durchschnitt des Landes Brandenburg, ganz im Gegensatz zum Raps, der unter dem harten Winter sehr gelitten hat. In der Prignitz sah es schon wieder anders aus. Dort lagen die schützenden Schneedecken auf den Äckern. 2003 war in den letzten 10 Jahren das schlechteste Erntejahr. Im Vergleich dazu wurden in diesem Jahr deutlich Mehrerträge erzielt. In der Analyse ging nur die Wintergerste mit rein, welche stehenblieb bzw. nicht umgebrochen werden musste. Selbst Silomais und Kartoffeln warfen gegenüber 2003 eine überdurchschnittliche Ernte ab. Derzeit stehen immer noch Maisbestände auf dem Acker. Da die Silos noch voll sind, hat man auf Körnermais umgestellt. Der kommende Drusch richtet sich nach dem Futterbedarf, so dass der restliche Mais nicht mehr eingelagert werden muss. Der Ertrag von Kartoffeln lag über 400 dt. Auch hier waren die Witterungsbedingungen optimal. Jetzt liegt es nur noch an der Qualität der Speisekartoffeln, diese gut über den Winter zu bekommen um sie kontinuierlich anbieten zu können. Der größte Teil des Kartoffelanbaus besteht aber aus Stärkekartoffeln. Gegenüber dem vergangenen Jahr sind minimale Ertragseinbußen zu verzeichnen. Der Silomais liegt bei ca. 350 dt im Vergleich zu rund 400 dt im Vorjahr. Herr Schütze weist auf die Einflüsse der Ertragslage hin, die im Wesentlichen vom Wasser und den Witterungsbedingungen bestehen. Auf der Folie: „Vergleich Getreideerträge 2003 – 2012“ ist die Kontinuität bzw. Tendenz der einzelnen Kulturen deutlich zu erkennen. Im Jahr 2011 zeigt sich das beispielsweise an den gleichen Anstieg aller Kulturen bis auf den Raps, der niedrigere Erträge als möglich (> 30 dt statt 22 dt) bringt. So wurde im Vergleich zum Durchschnitt 2003 – 2011 die Tendenz der Ertragslage gehalten. Der Hafer sticht dabei mit einem Mehrertrag und der Winterraps mit weniger heraus. Das Jahr 2012 entspricht damit einem Durchschnittsjahr. Der Silomais hat sein hohes Niveau in den letzten beiden Jahren gehalten. In der Anbaufläche hat sich der Silomais ebenfalls weiter erhöht. 2008 waren es noch rund 8.000 – 9.000 ha wobei wir jetzt schon bei 16.000 ha liegen. Im vergangenen Jahr wurde genauso viel angebaut. Das macht ca. 20 % der gesamten Anbaufläche aus. Die Körner Sonnenblumen brachten einen Ertrag von rund 22 dt aber auch mehr als 30 dt waren auf einigen Standorten möglich. Kartoffeln werden im Landkreis auf rund 2300 (früher 2700) ha angebaut. Hier ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Ein Grund dafür könnte Golßen mit der Stärkefabrik sein. Sie nimmt nur noch die Hälfte der Kartoffeln ab. Der Rest muss nach Kyritz gebracht werden. Zum Abschluss zeigt Herr Schütze die Entwicklung der Durchschnittserträge vom Getreide insgesamt von 2003 – 2012. Hier deutlich erkennbar die guten und die schlechteren Jahre.

Teilweise liegt die Differenz um mindestens ein Drittel der Erträge auseinander. So dass der Landwirt mit den guten Jahren auch mal ein schlechteres überstehen kann. Im ertragsreichen Jahr 2009 konnten rund 168.000 t Getreide eingefahren werden. Preislich gesehen sind das ca. 38 Mio €. In diesem Jahr sind es etwa 33 Mio € und damit für die Landwirte doch ein akzeptables Erntejahr. Für die Ernteschätzung werden Betriebe ausgewählt, abgefragt und deren Ergebnisse im wöchentlichen Tonus ans Ministerium geliefert. Nächstes Jahr sollen 2 Varianten berechnet werden, einmal der konventionelle und der ökologische Anbau. Ziel ist die Darstellung der Tendenz des ökologischen Anbaus.

Herr Krüger bedankt sich und erkundigt sich nach Fragen über dieses Thema.

Frau Paul: Ab wann genau wird gerechnet? Gibt es einen Stichtag?

Herr Schütze: Die Berechnung der Anbaufläche beginnt ab den 15. Mai mit der Antragstellung der Landwirte für die Agrarzuschüsse. Wenn z. B. Winterroggen abgemäht und danach als Zwischenfrucht Mais gedrillt wird, ist dieser Mais nicht mehr in der Bilanz enthalten.

Frau Paul: Zählt das Sudangras auch dazu?

Herr Schütze: Wenn es als Hauptfrucht angebaut wird: ja, als Zwischenfrucht: nein.

Herr Krüger: Sind bei den jährlich berechneten Erträgen immer die gleichen Anbauflächen in der Statistik enthalten? Werden Änderungen der Anbauflächen mit berücksichtigt? Hat sich die Anbaustruktur im Wesentlichen verändert? Wie ist die Tendenz in Zukunft?

Herr Schütze: Diese ausgewählten Betriebe, welche die Berichterstattung liefern, sind verteilt von Nord bis Süd des Landkreises. Es sind große Unternehmen sowie kleine Familienbetriebe mit leichten sowie besseren Standorten. Das alles ergibt ein ausgewogenes Verhältnis um ein repräsentatives Ergebnis zu ermitteln. Dann gibt es noch eine besondere Ernteerhebung, die über die Agrarstatistik durchgeführt wird. Sie reicht von Proberodungen bis zu separaten Ertragsmessungen. Die Getreideanbauflächen sind relativ stabil geblieben. Der Roggen hat sich leicht erhöht. Der Raps ist gleichgeblieben bei rund 6.000 – 7.000 ha. Ein Grund dafür ist die gute Preiserzielung (rund 45,- bis 46,- €/ dt) für den Raps. Mit Steigerung der Maisanbauflächen sind beispielsweise Kartoffeln zurückgegangen. Betriebe mit Biogasanlagen sorgen ebenfalls für diese Entwicklung. Die Untersuchungen laufen auch auf Mykotoxine um die Qualität im Auge zu behalten. In diesem Jahr musste auf Grund der Witterungsbedingungen sehr viel Getreide nachgetrocknet werden. Es gibt keine bekannten Qualitätsmängel.

Herr Krüger leitet über zum Tagesordnungspunkt 6

TOP 6

Informationen zur Nutzung und Umsetzung des Kulturlandschaftsprogrammes (KULAP) im Landkreis TF

Frau Gotthardt stellt das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) vor. KULAP ist ein Förderprogramm des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg zur Förderung umweltgerechter landwirtschaftlicher Produktionsverfahren und zur Erhaltung der Kulturlandschaft der Länder Brandenburg und Berlin. Die Maßnahmen dienen in besonderem dem Schutz der Umwelt sowie der Erhaltung des ländlichen Lebensraumes, der Landwirtschaft und ihrer Merkmale, der natürlichen Ressourcen, der Böden sowie der genetischen Vielfalt. Durch die Zahlung von Zuwendungen sollen den landwirtschaftlichen Unternehmen entstehende wirtschaftliche Nachteile für die Einhaltung eingegangener Verpflichtungen angemessen ausgeglichen werden. Begonnen hat das Programm 1994 mit den 3 Maßnahmen:

1. „Extensive Produktionsverfahren im Ackerbau“ (genutzt von 2 Antragstellern im Landkreis mit einer Fläche von 20 ha)
2. der „Grünlandextensivierung oder Umwandlung von Ackerland in Grünland“ (genutzt von 24 Antragstellern mit rund 1.900 ha) und
3. dem „Ökologischem Landbau“ (kein Antragsteller im Landkreis TF).

Ab 1996 wurde das Programm erweitert. Es kamen folgende Maßnahmen hinzu: Förderung bodenschonender Bewirtschaftungsmaßnahmen (Bsp.: Zwischenfruchtanbau); Erhaltung und Pflege von Streuobstwiesen; Förderung kontrollierter integrierter Produktionsverfahren im Obst- und Gemüseanbau sowie Zuwendungen für Maßnahmen zum Erhalt und zur För-

derung wiesenbrütender Vogelarten. Von anfänglich 26 erhöhte sich bereits im Jahr 1996 die Zahl der Antragsteller im Landkreis auf 68, welche die Förderprogramme nutzten und ihre Produktion entsprechend umstellten. 1997 wurden erstmals Flächen im ökologischen Landbau gefördert. Seit dem Jahr 2007 gliedert sich die KULAP-Richtlinie nun in 3 verschiedene Förderschwerpunkte: A – Umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum erhaltende Bewirtschaftung und Pflege des Grünlandes; B – Umweltgerechter Acker- und Gartenbau sowie Sicherung reich strukturierter Feldfluren; C – Erhaltung genetischer Vielfalt; mit insgesamt 12 verschiedenen Maßnahmen bzw. Förderprogrammen. Von diesen 12 Fördermaßnahmen werden in unserem Landkreis 9 in Anspruch genommen. Die einzelnen Förderprogramme sind in der Tabelle: „Flächenförderung im Kulturlandschaftsprogramm 2007 zu 2012“ aufgezählt. 2012 beanspruchen 164 Antragsteller bei einer förderfähigen Fläche von ca. 19.000 ha rund 2.100.000 € Zuwendungen. Gegenüber dem Jahr 2007 macht dies einen Anstieg von rund 20 % geförderter Fläche und ca. 15 % an Zuwendungen aus. Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2011 insgesamt ca. 38,7 Mio € für Fördermaßnahmen im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes bewilligt, wovon dem Landkreis Teltow-Fläming ca. 2,17 Mio € (5,6 %) zugewiesen worden sind. Mit dem Jahr 2014 beginnt nun eine neue Förderperiode. Die Verhandlungen zwischen den Ländern und der EU laufen hierzu. Gegenwärtig wird im Land stark an der Ausgestaltung und Weiterführung der Förderprogramme sowie an der Festlegung der Finanzierung gearbeitet. Für das Kulturlandschaftsprogramm ist zu erwarten, dass es die Förderung der Gesamtgrünlandextensivierung in dieser Form nicht mehr geben, der ökologische Landbau jedoch weitergeführt wird. Ziel des ökologischen Landbaus ist das Wirtschaften im Einklang mit der Natur. Der Grundgedanke ist die Koppelung von Tier- und Pflanzenproduktion, um Stoffkreisläufe im Betrieb weitestgehend zu schließen. Hier wird bewusst auf den Einsatz von mineralischen Stickstoffdüngern, chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln und den üblichen zugekauften Futtermitteln verzichtet. Ebenso ausgeschlossen sind Hormone, Wachstumsstoffe und genetisch verändertes Saat- und Pflanzgut. Ökologisch wirtschaftende Betriebe müssen bestimmte Regeln einhalten. Diese sind in der EG-ÖKO-Basisverordnung Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des RATES vom 28. Juni 2007 einschließlich ihrer Durchführungsverordnungen usw. festgelegt. Erst nach einem Umstellungszeitraum von 2 Jahren dürfen die Produkte als „ökologisch erzeugt“ vermarktet werden. Ziel des KULAP-Förderprogrammes „Ökologischer Landbau“ ist die Verringerung der Belastung durch Dünger- und Pflanzenschutzmittel. Um in das Programm aufgenommen zu werden, müssen ganz bestimmte Zuwendungsvoraussetzungen erfüllt werden, wie z. B.: die Umstellung des gesamten Betriebes auf ökologische Bewirtschaftung; die Anmeldung als Ökobetrieb; Beteiligung am jährlichen Kontrollverfahren; jährliche Nutzung der Ackerfutterflächen; Einhaltung der Tierbestandsdichten im Unternehmen usw. Frau Gotthardt informiert anhand der Power Point Präsentation Entwicklung und Stand des ökologischen Landbaus im Landkreis Teltow-Fläming. Erstmals wurden 1997 rund 760 ha ökologische Anbauflächen angemeldet und finanziell unterstützt. In diesem Jahr waren es schon ca. 4.330 ha. Die Anzahl der Unternehmen (22/23) und die Größe der von den Betrieben bewirtschafteten Flächen sind seit 2007 weitestgehend konstant geblieben. Die territoriale Verteilung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe ist relativ gleichmäßig im Landkreis TF. Flächenmäßig wäre der Raum um Ludwigsfelde und Trebbin als Schwerpunkt zu nennen. Gefördert wurden in diesem Jahr 22 landwirtschaftliche Unternehmen mit Zuwendungen in einer Höhe von 616 T €. Der Kulturanbau konzentriert sich in den Öko-Betrieben hauptsächlich auf Getreide mit einer Fläche von rund 1.300 ha (davon 850 ha Winterroggen). An 2. Stelle kommen die Ölsaaten (500 ha), dann Eiweißpflanzen (100 ha), Silomais (50 ha), Leguminosen (20 ha) und Dauerkulturen (Sanddorn, Holunder auf rund 16 ha). Die Tierhaltung der Unternehmen gliedert sich in Rinder (7 Betriebe), Pferde (7 Betriebe), Schafe (5 Betriebe), Ziegen (2 Betriebe) und Schweine (1 Betrieb). Die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte des Ökolandbaus erfolgt über die Direktvermarktung, das Internet, den Großhandel, den Verkauf an Restaurants und an Bäcker. Getreide wird zudem als Futtermittel im eigenen Betrieb eingesetzt. Von den 22 Unternehmen vermarkten bereits jetzt 6 direkt ihre Produkte im Rahmen des Ab-Hof Verkaufes. Neben Wurst, Fleisch, Schinken sowie Käse und Joghurt werden auch eigenes Öl, Sanddornlikör und Mehl für eine Biobäckerei hergestellt. Abschließend stellt Frau

Gotthardt davon drei Unternehmen vor, die ihre Produkte auch im Rahmen der Internationalen Grünen Woche am Stand des Landkreises Teltow-Fläming vorgestellt und angeboten haben. Hierbei handelt es sich um die Firma BOBALIS Agrargesellschaft mbH Jüterbog, die im Jahr 2010 mit dem Romantik Hotel Alte Försterei und der Stadt Jüterbog gemeinsam ausgestellt hat; den Hof Alt Domigk, der Familie Hüsgen aus Groß Ziescht, die mit Vertretern vom Restaurant „Der Roggenkönig“ des Gutshauses Petkus und der Stadt Baruth/Mark im Jahr 2011 vor Ort war und den Biolandhof Klinkenmühle, der Familie Lütteken, die mit der Gemeinde Nuthe-Urstromtal am 26. Januar 2012 auch für das LEADER-Kooperationsprojekt „Offene Höfe in der Nuthe-Nieplitz-Region“ geworben haben.

Herr Schütze erwähnt in diesem Zusammenhang, dass es auf der Grünen Woche 2013 auch den Sanddornlikör der Fläminger Genussland GmbH, der Familie Ryll aus Reinsdorf, neu am Stand geben wird.

Herr Krüger geht zum Tagesordnungspunkt 7 über und betont, dass es sich hier um eine Beschlussvorlage handelt. Diese soll dann im nächsten Kreistag beschlossen werden.

TOP 7

Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming an der finanziellen Absicherung der Arbeit der Lokalen Aktionsgruppe "Rund um die Flaeming-Skate" e. V. zur Entwicklung des ländlichen Raumes in den Jahren 2014 bis 2020 (4-1333/12-III/1)

Herr Schütze deutet auf die Vorlage Nr. 4-1333/12-III, die allen Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugekommen ist. Der Kreistag hatte bereits 2009 die Unterstützung des Regionalmanagement beschlossen. Das Regionalmanagement ist in Luckenwalde etabliert und besteht aus 2 Mitarbeitern, die die Förderanträge bearbeiten und aus den ländlichen Regionen herausfiltern sowie vorbereiten für das Landesamt. In den letzten Jahren wurde gerade in Richtung ländlicher Raum gute Arbeit geleistet. Es gibt eine Vielzahl von sehr guten Beispielen, wie die „Offenen Höfe“, ein Produkt der LAG „Rund um die Flaeming-Skate“ e.V. Es geht hier um die wirtschaftliche Entwicklung, überregionale Bedeutung, Maßnahmen im ländlichen Raum und natürlich Verbesserung und Erhalt natürlichen Erbes sowie Landschaftselemente, Biotope. Seit 2009 sind 153 Vorhaben soweit vorbereitet, dass sie gefördert werden konnten mit einer Investitionssumme von rund 31 Mio €. Davon sind 18 Mio € Fördermittel von der europäischen Union, vom Bund und vom Land. Beispiele für solche Projekte sind das Frauenhaus in Baruth, Sporthalle in Mellensee, Umbau der Flämingschule in Niedergörsdorf, der Oberlaubenstall in Borgisdorf oder die Kulturherberge Kloster in Dahme, welche vor kurzem vom Minister eingeweiht wurde. Auch für kreisliche Maßnahmen wurden Gelder eingesetzt, gerade im Naturschutzbereich wie z. B.: Winterquartiere für Fledermäuse. 2014 beginnt eine neue Förderperiode der EU bis 2020. Bereits jetzt kam schon die Forderung Anträge und Haushaltsmittel zu definieren. Neben der Förderung des Landkreises sollen auch die Gemeinden einbezogen werden und ihr Votum abgeben. Die LAG hat bereits signalisiert, dass sie gerne die Arbeit in der neuen Förderperiode fortsetzen möchte. Der Landkreis soll sich auch weiterhin mit 20 T € jährlich beteiligen. Die Gemeinden unseres Landkreises beteiligen sich mit 30 T €. Der Rest setzt sich aus Fördermitteln zusammen. Zu rund 75 % wird das Regionalmanagement gefördert, so dass auch weiterhin die LAG arbeiten kann. Gerade die strukturschwachen Gebiete benötigen diese Unterstützung, um die ländliche Entwicklung zu begünstigen.

Herr Krüger bedankt sich für die Erläuterung der Beschlussvorlage und regt zu Fragen an.

Frau Wehlan fragt nach der Verfahrensweise. Da hier ein Vorgriff auf eine neue Förderperiode erfolgt obwohl noch nicht klar ist, wie hoch der Anteil der LEADER-Mittel sein wird. Grundlage für die Förderperiode ist der Plan für die ländliche Entwicklung. Dort muss festgelegt werden, wie viel Prozent von den Mitteln der neuen Förderperiode für die LEADER zur Verfügung gestellt werden. Sind schon Informationen vorhanden bzw. wurden schon Diskussionen mit der EU geführt worden? Es kann sein, dass weniger Geld für den Landkreis zur Verfügung steht.

Herr Krüger betont an dieser Stelle nochmal, dass es hier nicht zu einem Beschluss sondern um eine Befürwortung geht.

Herr Schütze meint, dass die Förderperiode 2014 bis 2020 noch in Arbeit ist. Die Regierungschefs der 27 Mitgliedsländer werden sich jetzt im November treffen und sich dann haushaltäratisch festlegen. Eigentlich hätte es schon längst eine Entscheidung geben sollen. Für die Bundesregierung steht fest, dass nicht mehr als 1 % der Bruttosozialeinnahmen dafür eingebracht werden sollen. Das Ministerium hat mitgeteilt, dass es an den ländlichen Projekten keine Abstriche geben wird. Von daher kam die Bitte, dass die LAG den Haushaltsplan für 2014 vorlegt. Die EU-Module werden vom Ministerium beantragt. Man geht davon aus, dass alle Landkreise bzw. LAG's auch 2014 weiter machen. Das so auch eine Planungssicherheit für diese Mittel zur Verfügung steht. Wenn der Kreistag beschließen sollte und es ergeben sich Änderungen, dann muss 2014 eine Anpassung vorgenommen werden.

Herr Kubitza hält diesen Beschluss für sehr wichtig. Es ist richtig die LAG in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, dann wird die Sachlage entsprechend angepasst. Solch eine Erfolgsgeschichte sollte nicht in Frage bzw. nicht auf unsichere finanzielle Schienen gestellt werden. Er kann mit gutem Gefühl für diese Sache zustimmen.

Herr Krüger bittet die Ausschussmitglieder um eine Entscheidung. 6 Stimmen befürworten die Beschlussfassung für den Kreistag, keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen.

TOP 8

Zwischenbericht zum kontrollierten Brennen im NSG Heidehof-Golmberg

Herr Dr. Fechner nennt Frau Pahl als Leiterin dieses Projektes. Frau Paul führt vorübergehend stellvertretend die Arbeit weiter. Mit einer Power Point Präsentation gibt er einen Einblick auf die Zwischenergebnisse nach dem ersten Brennen. Auf einer vorbereiteten Fläche im Frühjahr dieses Jahres hat es ein kontrolliertes Brennen gegeben. Im August waren die ersten Ergebnisse zu sehen. Dazu hat in Jänickendorf ein Öffentlichkeitstermin stattgefunden. Der Termin bezog sich hauptsächlich auf die Aufklärung und die Akzeptanzförderung der Bevölkerung. Für die Einwohner stellt sich immer die Frage: Warum die Bäume weg machen, was hat das mit Naturschutz zu tun? Hier geht es nicht darum Wald zu vernichten, sondern einen gleichwertigen Lebensraum (das Offenland) zu erhalten. Die Auswertung der Ergebnisse möchte Herr Dr. Fechner nun auch in diesem Kreis darstellen. Anhand eines Luftbildes wird das Gebiet im Zustand vor dem Brennen dargestellt. Ziel des Brennens ist die Erhaltung von Offenland. Das NSG „Heidehof-Golmberg“ ist eine munitionsbelastete ehemalige Militärfläche. Derzeit hat sich eine Heidefläche dort entwickelt, die als solche erhalten werden soll. In diesem Gebiet befinden sich auch Sandrasen sowie andere Vegetationen, welche das Brennen erschweren können. Man braucht für das Heidekraut eine bestimmte Entwicklung, so dass eine Brandlast da ist und sich das Feuer dementsprechend ausbreiten kann. Die ausgesuchte Fläche ist von Wegen begrenzt. Diese Wege sowie mögliche Wendeflächen für die eingesetzte Technik mussten erst einmal von Munition geräumt werden, da von dort aus das Brennen eingeleitet wurde. Genauso wichtig war das Entfernen der Bäume in Nähe der Wege, um ein Übergreifen des Feuers entgegen zu steuern aber auch, um die notwendige Breite für die Technik zu schaffen. Auf der angrenzenden Fläche brannte es unkontrolliert ab, wahrscheinlich durch Brandstiftung. Dieses Gebiet war ebenfalls schon für das Brennen vorbereitet. Durch das unkontrollierte Brennen ist nur ein Teil des Gebietes abgebrannt. Die Restfläche wurde dann mit der anliegenden Fläche abgebrannt. Im Waldgebiet wurde zur Sicherheit nach Forderung der Gemeinde ein Feuerlöschbrunnen errichtet. Dieser war in der Projektförderung enthalten. Die Fördermittel stammen aus dem Naturschutzfond und dem LELF. Beim unkontrollierten Brennen leistete der Brunnen gute Dienste. Genutzt wurde er ebenso zum Befüllen des Feuerlöschpanzers. Dieser hatte die Aufgabe, die Wege bzw. die Grenzen zu benachbarten Gebieten gut zu bewässern, um diese vor Feuer zu schützen. Ein entsprechender Sicherheitsbereich musste eingehalten werden. Das Feuer wurde dann von einem Zündpanzer aus gelegt. Tennisgroße Bälle, welche einen bestimmten Stoff zur Zündung enthalten, wurden mittels einer Wurfeinrichtung in vorgegebenen Intervallen in Zielrichtung geschleudert. Hier spielt die Windrichtung eine große Rolle. Sie gibt Ablauf bzw. den Verlauf des Brennens vor. Die Rahmenbedingungen für solch ein Projekt müssen hundertprozentig stimmen. Nicht zu viel Wind, um Feuer kontrollieren zu können. Aber auch nicht zu wenig, da der Wind das Feuer antreibt. Nach dem Brennen werden

die Wege wieder vernässt, um ein eventuelles Aufflammen zu verhindern. Bei Untersuchungen von Heideflächen (z. B.: Auszählen der Jahresringe) bestätigte sich die Annahme, dass die Binnenheiden wesentlich langsamer wachsen aufgrund der Trockenheiten, als die Heiden aus den nördlicheren Gebieten Deutschlands. Es wurden Monitoringflächen zur Erfolgskontrolle angelegt, gleichgroße Flächen auf dem Brandgebiet im Vergleich zum angrenzenden Gebiet. Die Überprüfung erfolgte im Bereich der Insekten, der Brutvögel, dem Vegetationsbestand, um nur einige zu nennen. Der neue Aufwuchs der Heidepflanzen war schon in diesem Jahr erkennbar durch Stockaustrieb der alten Pflanze sowie neuausgetriebener Sämlinge. Optimale Witterungsverhältnisse sorgten ebenfalls für einen guten Start. Ziel des Brennens ist nicht nur der Erhalt des Offenlandes sondern auch die Verjüngung des Heidekrauts. Es laufen derzeit Vorbereitungen für ein zweites Brennen. Das Projekt soll voraussichtlich im nächsten Winterhalbjahr starten. Danach erfolgt eine endgültige Auswertung.

Herr Krüger bedankt sich bei Herrn Dr. Fechner und erkundigt sich nach Fragen.

Herr Kubitz: Inwiefern wird die Kommune mit einbezogen?

Herr Dr. Fechner: Am Projekt beteiligt ist die Kommune Nuthe Urstromtal in zweierlei Hinsicht. Zum einen ist die Kommune in der Arbeitsgruppe involviert und ohne Immissionschutzrechtliche Genehmigung der Gemeinde ist ein solches Projekt nicht möglich.

Herr Krüger bestätigt den Informationsfluss durch entsprechende Ausschusssitzungen und Bürgerversammlungen in der Gemeinde. Daraus ergab sich eine perfekte Zusammenarbeit zwischen den Bürgern und der Kommune.

Herr Dr. Fechner: Macht auf interne Diskussionen zwischen Projektausführern bzw. -begleitern und den Fördermittelgebern (Naturschutzfond, LELF) aufmerksam. Die Endauswertungen werden dann zeigen, was die Methode wirklich gebracht hat sowie den Kosten- und Nutzenaufwand. Das erste Brennen sollte offenbaren, ob diese Methode mit dieser Technik auch machbar ist.

Herr Dr. Haase: Sind Selbstentzündungen von Munition durch das Feuer ausgelöst worden?

Herr Dr. Fechner: Nein. Freigelegte Munition durch den Brand wurde anschließend geräumt.

Herr Krüger gibt dann das Wort an Frau Woeller zum letzten Teil der Tagesordnung.

TOP 9

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Woeller möchte eine kurze Information über die Auswirkungen eines Urteils im Jagdbereich geben. Ende Juni diesen Jahres wurde ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gesprochen. Ein deutscher Staatsbürger klagte gegen die Mitgliedschaft in eine Jagdgenossenschaft, welche für Eigentümer von Flächen im Außenbereich eine Pflicht ist. Diese Pflichtmitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft ist ein Bestandteil des bundesdeutschen Jagdrechtes. Mit der Urteilsverkündung, dass diese Pflichtmitgliedschaft gegen europäisches Recht verstößt(basierend auf ethischen Gründen), kam sehr viel Unruhe auf. Die Presse berichtete mehrmals über dieses Thema. Frau Woeller selbst wurde befragt, inwieweit dieses Urteil im Landkreis Auswirkungen zeigt. Dazu gibt es auch eine Anfrage von Herrn Thier, Kreistagsabgeordneter der Fraktion der Linken. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und auf dem nächsten Kreistag vorgelegt. Bis zum heutigen Tag sind keine Anträge von Grundeigentümern, die die Mitgliedschaft in einer Jagdgenossenschaft in Frage stellen, in der Unteren Jagdbehörde unseres Landkreises eingegangen. Solch ein Antrag würde dann auch die Untersagung der Bejagung auf den eigenen Flächen bedeuten. Einen Tag nach der Urteilsbekanntgabe kam der Kontakt zur Obersten Jagdbehörde zustande. Zwischenzeitlich hat sich der Landesjagdbeirat dazu verständigt, dass der Bund das Jagdgesetz ändern muss. Am 28. und 29. September tagte die Agrarministerkonferenz der Länder mit folgendem Ergebnis: Es wird eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes noch in dieser Legislaturperiode geben. Die Grundfesten im Bundesjagdgesetz sollen aber beibehalten werden. Momentan gibt es Nachfragen, die zeigen, dass Informationsbedarf besteht - bis Mitte August war im gesamten Land Brandenburg lediglich in Potsdam - Mittelmark eine Anzeige von einem Eigentümer zu verzeichnen. Das Urteil hat momentan noch keine direkten Auswirkungen, denn es muss erst in die Jagdgesetzgebung der BRD eingearbeitet werden.

Jetzt muss sich der Bundesgesetzgeber positionieren, um die bisherige großflächige Bejagung zu sichern. Ansonsten würden große Probleme, beispielsweise mit land - und forstwirtschaftlichen Wildschäden drohen.

Herr Krüger bemerkt noch dazu, dass es ja nicht nur für die Jäger ein Problem darstellt, sondern es ist ein allumfassendes Problem. Auch er ist für eine weiterhin bleibende Bewirtschaftungsform.

Herr Krüger bedankt sich bei allen Anwesenden, ganz besonders beim Gastgeber Herrn Kaluza und wünscht eine gute Heimfahrt.

Datum: 13.11.12

Krüger
Ausschussvorsitzender

Brunnhuber
Protokollantin